

INTERNATIONALE KONFERENZ

Wandel der Arbeitswelt und Rechts- populismus in Europa

17.-18. Juni 2004

**Renner-Institut
Hoffingergasse 26-28
1120 Wien**

Die Arbeitswelt in Europa befindet sich im Umbruch. Diese Veränderungen wirken sich nicht nur auf die wirtschaftliche und soziale Position der Beschäftigten aus, sondern beeinflussen auch deren persönliche und soziale Identität und politische Orientierungen. Ausgehend von neu gewonnenen Erkenntnissen aus dem EU-Forschungsprojekt „Socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right“ (SIREN), die mit den Ansichten führender ExpertInnen aus der Arbeits- und Rechtsextremismusforschung und politischen Entscheidungsträgern gegenübergestellt werden, stellt die Konferenz folgende Fragen in den Mittelpunkt:

- Wie gehen Menschen mit den Auswirkungen des Wandels in Arbeit und Beschäftigung um?
- Welche Strategien entwickeln sie, um sich mit der wachsenden Unsicherheit in der Arbeitswelt zurecht zu finden?
- Welche Auswirkungen haben die Veränderungen der letzten Jahre auf politischer Ebene?
- Besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Veränderungen und dem wachsenden Zuspruch, dessen sich rechtspopulistische und -extreme Bewegungen und Parteien in Europa in den letzten Jahren erfreuen?

Veranstaltet von:

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Kooperation mit dem
Renner-Institut

Unterstützt von:

Wissenschaftszentrum Wien (WZW)
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Gewerkschaft der Privatangestellten

ABSTRACTS

Gabrielle Balazs, Jean-Pierre Faguer und Pierre Rimbart

Ausgedehnter Wettbewerb und politische Konversion in Frankreich

Anhand von Interviews mit BewohnerInnen von Gegenden, die früher ökonomisch und sozial auf der Stahlindustrie aufbauten, welche im Zuge von industrieller Restrukturierung zerstört wurde, sowie mit Angestellten eines multinationalen Computerkonzerns im französischen „Silicon Valley“ zeigt dieser Beitrag, wie Arbeits- und Lebensbedingungen in Frankreich sich verschlechtert haben, zum einen für die Arbeiterklassen und zum anderen – aufgrund von sich verschärfenden ökonomischen Krisen – für die gut ausgebildeten Mittelschichten, und wie dies den sozialen Abstieg eines Teils der lohnenerwerbstätigen Bevölkerung nach sich zieht. Das Kapitel versucht zu erklären, welche Prozesse Vorstellungen und politisches Engagement von Individuen gestalten, die unter sozialer und ökonomischer Unsicherheit leiden.

Christoph Butterwegge

Vom Wohlfahrtsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat – und mögliche Gegenstrategien

Auf der politischen Agenda entwickelter Industrieländer des Westens steht gegenwärtig nicht etwa *weniger*, sondern ein *anderer* Staat. Es geht also keineswegs um die Liquidation des Sozialstaates, vielmehr um seine Reorganisation nach einem neoliberalen Konzept, das Leistungsreduktionen und die Reindividualisierung sozialer Risiken beinhaltet. Aus dem Wohlfahrtsstaat wird ein „nationaler Wettbewerbsstaat“, der die Aufgabe hat, durch seine Politik die Konkurrenzfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt zu fördern. Sozialstaatlichkeit bzw. Soziales überhaupt besitzt keinen Eigenwert mehr. Wohlfahrt muss sich nach der neoliberalen Standortlogik politisch-ökonomischen Interessen unterwerfen. Hinter der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, einer weitgehenden Deregulierung sozialrechtlicher Bestimmungen und fortschreitenden Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse verbirgt sich zwar keine ökonomische Notwendigkeit, sondern das Kalkül mächtiger Interessengruppen. Gleichwohl ist die Globalisierung mehr als pure Ideologie, weil sie nach alternativen, demokratischen und sozialen Alternativkonzepten verlangt, über die bisher kaum debattiert wird.

Patrizia Catellani, Hans De Witte, Yves De Weerdts und Patrizia Milesi

**Wahrnehmungen von sozioökonomischem Wandel und
Rechtsextremismus: die SIREN-Befragung von europäischen
ArbeitnehmerInnen**

Ausgehend von den Ergebnissen der qualitativen SIREN-Untersuchung sowie der Literaturanalyse wurde im Frühsommer 2003 eine telefonische Befragung von ca. 5.800 Berufstätigen der Länder Belgien (nur Flandern), Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz und Ungarn durchgeführt.

Zuerst stellen wir die erlebten sozioökonomischen Veränderungen der Betroffenen zur Diskussion. Insgesamt gibt es keine klaren Tendenzen: Beschäftigte nehmen manche Veränderungen negativ wahr (z.B. Zunahme des Arbeitspensums oder auch eine Verringerung ihrer Arbeitsplatzsicherheit), aber es gibt auch positive Veränderungen bei den subjektiven Einschätzungen (z.B. Zunahme von Autonomie und Einkommen). Die Bewertung der aktuellen Situation zeigt gemischte Ergebnisse: Arbeitsplatzunsicherheit steht neben einer positiven Beurteilung des Einkommens. Viele fühlen sich aber auch subjektiv benachteiligt.

Zweitens fokussieren wir auf zwei Aspekten von Rechtsextremismus. Zuerst wurden fünf Einstellungen, die für die „Empfänglichkeit“ für Rechtsextremismus als relevant eingestuft wurden, analysiert: Vorurteile gegenüber MigrantInnen, Chauvinismus (ein Aspekt von Nationalismus), Autoritarismus, eine soziale Dominanz Orientierung, und politische Machtlosigkeit. Danach wurde die Beziehung zur jeweils nationalen rechtsextremen Partei betrachtet („Affinität“ zu Rechtsextremismus). Schließlich wird die Verbindung zwischen Empfänglichkeits-Einstellungen und der Beurteilung einer rechtsextremen Partei analysiert. Dies steht stark in Zusammenhang mit Vorurteilen gegenüber MigrantInnen und in einem geringeren Ausmaß mit Autoritarismus. Chauvinismus (Nationalismus), politische Machtlosigkeit und eine soziale Dominanz Orientierung stellen sich als weniger wichtig heraus.

Zuletzt geht es um eine Analyse des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Wandel und Rechtsextremismus, wobei die Rolle von sozialen Identifikationsprozessen beleuchtet wird. In den Analysen wurden zwei hauptsächliche psychologische Wege entdeckt, die zu einer Präferenz für eine rechtsextreme Partei führen. Bei der „GewinnerInnen“-Route entwickeln Menschen, die eine positive Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen wahrnehmen und sich stark mit ihrer Organisation identifizieren, eine hohe soziale Dominanz Orientierung. Das wiederum verstärkt rechtsextreme Einstellungen (wie Chauvinismus, Vorurteile gegenüber MigrantInnen und Autoritarismus). Diese Einstellungen begünstigen Sympathien für eine rechtsextreme Partei. Bei der „VerliererInnen“-Route entwickeln Personen, die negative Veränderungen in ihrem Arbeitsleben wahrnehmen, ein starkes Gefühl von Benachteiligung. In Kombination mit Misstrauen der Politik gegenüber führt dieses Gefühl zur Präferenz einer rechtsextremen Partei. Typologien von Beschäftigten, bei denen es wahrscheinlich sein kann, dass sie dem einen oder anderen Weg folgen, werden beschrieben.

Yves De Weerdts und Hans De Witte

Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Sektor und die Empfänglichkeit für Rechtsextremismus in Flandern

Die Ergebnisse der qualitativen Analysen zeigen Unterschiede zwischen ArbeitnehmerInnen des öffentlichen und privaten Sektors. Bezüglich Veränderungen der Arbeitsbedingungen scheint es im öffentlichen Sektor noch mehr Spielraum für Rationalisierung und Intensivierung von Arbeit zu geben. ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor realisierten, dass sie härter arbeiten müssen (Vergrößerung des Arbeitsvolumens) oder auf andere Art und Weise, wenn ihr (verstaatlichtes) Unternehmen eine wettbewerbsfähige Position auf einem zunehmend größer werdenden europäischen Markt halten soll. Die ArbeitnehmerInnen des privaten Sektors haben eine solche ökonomische Umwelt immer gehabt. Dadurch nehmen sie Rationalisierung als kontinuierlichen – jedoch intensivierten – Prozess wahr. Aufgrund des bereits hohen Arbeitsvolumens sehen sie jedoch wenig Spielraum für eine weitere Vergrößerung des Arbeitsdrucks. Wir können annehmen, dass ArbeitnehmerInnen in beiden Sektoren unterschiedliche politische Haltungen zeigen, weil ihre Beziehung zur Regierung sehr verschieden ist. Für Angestellte im öffentlichen Dienst ist die Regierung ihr Arbeitgeber. Somit wird eine liberale Regierung, welche die Privatisierung von staatlichen Unternehmen vorantreibt und finanzielle Impulse in Richtung Privatwirtschaft leitet, wahrscheinlich von ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor eine ganz andere Bewertung bekommen als von denjenigen aus der Privatwirtschaft.

In diesem Beitrag werden wir die Unterscheidung von öffentlichem und privatem Sektor weiter explorieren und – auf der Grundlage von sowohl der qualitativen und quantitativen SIREN-Daten aus Belgien – in Beziehung zu drei Themen setzen: (a) Wahrnehmung von sozioökonomischem Wandel, (b) Empfänglichkeit für Rechtsextremismus und Wahlintentionen und (c) die Beziehung zwischen diesen beiden Bereichen. Besonders die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung deuten darauf hin, dass es sehr wohl signifikante Unterschiede zwischen ArbeitnehmerInnen des öffentlichen und privaten Sektors gibt, etwa bei Wahrnehmungen der Veränderung von Arbeitsmenge und Arbeitsplatzsicherheit wie -unsicherheit sowie bezüglich Autoritarismus, der sozialen Dominanz Orientierung sowie der politischen Machtlosigkeit.

Caspar Einem

Möglichkeiten eines sozialen Europa

Für die Entwicklung eines sozialen Europa braucht es zumindest zweierlei:

- Die neue Verfassung für die Europäische Union, die entweder bis zum 17. Juni 2004 beschlossen sein oder scheitern wird. Sie soll und wird das Strukturdefizit beheben helfen, das darin besteht, dass derzeit vor allem nationale (Standort-) Interessen verhandelt werden, indem künftig die Bürgerinnen und Bürger durch das von ihnen gewählte Europäische Parlament das letzte Wort bekommen.

- Und eine sehr engagierte Politik, die dazu beiträgt, dass die Union sich von einer Organisation von Wirtschaft hin zu einem politischen Instrument im Interesse ihrer BürgerInnen entwickelt. Sozial wird dieses Europa sein, wenn es sich der Lebensinteressen der Menschen annimmt: Frieden; Arbeit, von deren Einkünften man leben kann; soziale Sicherheit und diskriminierungsfreie Zugänglichkeit der Leistungen der Daseinsvorsorge; eine gesunde Umwelt.

Aus heutiger Sicht gibt es für beides gute Chancen.

Peter Fleissner

Fremdenfeindliche Haltungen gegenüber MigrantInnen und Minderheiten in einer erweiterten Europäischen Union

In diesem Beitrag werden die Einstellungen gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen in den „alten“ und „neuen“ Mitgliedsländern der Europäischen Union miteinander verglichen. Neben der Analyse der üblichen sozio-ökonomischen und demographischen Merkmale wird besonderes Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen Fremdenfreund-/feindlichkeit und politischer Selbstplatzierung der Interviewten gelegt. Die Resultate zeigen – nicht überraschend – umso höhere Ablehnungswerte gegenüber MigrantInnen, je stärker sich die Interviewten selbst als „rechts“ einstufen, aber auch am linken Rand finden sich erhöhte Intoleranzraten. In den vier Erweiterungsländern ist die Akzeptanz von ImmigrantInnen im Durchschnitt niedriger als in den traditionellen Mitgliedsländern der EU (ohne Frankreich). Flüchtlinge werden im Allgemeinen besser akzeptiert als ImmigrantInnen. Der Vortrag basiert auf den Ergebnissen des European Social Survey der Jahre 2002/2003, der in 14 „alten“ Mitgliedsländern der Europäischen Union (ohne Frankreich) und in 4 Erweiterungsländern durchgeführt und heuer im Internet öffentlich zugänglich gemacht wurde.

Gudrun Hentges, Jörg Flecker und Gabrielle Balazs

Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – Ergebnisse der qualitativen SIREN-Untersuchung

Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen konnten in den letzten Jahren in (fast) allen europäischen Ländern beachtliche Wahlerfolge erzielen. Das interdisziplinär und vergleichend angelegte Forschungsprojekt SIREN untersuchte diese Entwicklungen in Belgien/Flandern, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn und der Schweiz. Insgesamt wurden in diesen Ländern ca. 300 qualitative Interviews mit Beschäftigten aus verschiedenen Branchen durchgeführt und analysiert. Im Zentrum der Datenerhebung und -auswertung standen die subjektiven Wahrnehmungen und individuellen Reaktionen auf Veränderungen im Arbeitsleben, deren Interpretation und politische Deutung.

Dieser Vortrag wird die zentralen Ergebnisse der qualitativen Projektphase präsentieren. In einem ersten Schritt skizziert unser Vortrag das methodische Vorgehen der Projektpartner. Der Hauptteil des Vortrags gliedert sich wie folgt: Erstens werden die subjektiven Wahrnehmungen der Veränderungen in der Arbeitswelt präsentiert, zweitens die unterschiedlichen politischen Deutungsmuster und Verarbeitungsweisen. Am Beispiel einiger von uns herausgearbeiteter Typologien soll abschließend illustriert werden, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise sozioökonomische Veränderungen zu rechtsextremen Orientierungen führen können.

Ortrun Gauper

Ein anderes Europa ist möglich – Wege zu einem sozialen und beschäftigungsreichen Europa

Ein leistungsfähigeres Europa braucht eine andere Wirtschaftspolitik

Die vergangenen Jahre waren durch geringes Wachstum in der EU gekennzeichnet. Heute sind etwa 13 Millionen Menschen in der EU arbeitslos. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, setzte die Politik einseitig auf Strukturreformen, Liberalisierung und die Stabilität des Euro. Mit dieser Politik hat Europa in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den USA stark verloren.

Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt in einem erweiterten Europa

Doch eine Steuerung der Wirtschaftspolitik und ein stabiles Wachstum sind notwendige Voraussetzungen für soziale Sicherheit und ausreichende Beschäftigung. Arbeit ist der beste Schutz vor sozialer Ausgrenzung und Armut. Arbeitslosigkeit ist eine Vergeudung von Wissen und beeinträchtigt die Produktivität der Menschen.

Ein Europäisches Sozialmodell benötigt eine andere Politik

Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung benötigen wir soziale Mindeststandards, bei deren Festschreibung ArbeitnehmerInnen beteiligt werden. Dasselbe gilt für die Gestaltung sozialer Sicherungssysteme, die Tarifautonomie und das europäische Gesellschaftsrecht (Mitbestimmung).

Europa hat eine Zunahme an Investitionen - vor allem in Infrastruktur sowie in Bildung und Weiterbildung zur Modernisierung ihrer Wirtschaft - dringend nötig. Dazu kommt eine bessere Koordinierung der Steuerpolitiken der Mitgliedstaaten und kein Standortwettbewerb.

Denn die soziale Frage bestimmt die Zukunft Europas und nicht eine Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern eines freien Spiels des Marktes.

Sabine Kirschenhofer, Jörg Flecker, Manfred Krenn und Ulrike Papouschek

Varianten rechtspopulistischer Anziehung in Österreich

Ausgangspunkt der im folgenden Beitrag vorgestellten Typenkonstruktion waren rechtspopulistische Orientierungen vor dem Hintergrund der subjektiven Wahrnehmung und Verarbeitung von Veränderungen in der Arbeitswelt. Im Zuge der Analysen der qualitativen Interviews wurde eine Vielfalt an Anziehungskonstellationen entdeckt, die zum einen die Wechselhaftigkeit und Widersprüchlichkeit rechtspopulistischer Rhetorik und Programmatik widerspiegeln, zum anderen aber auch zeigen, dass die sozialstrukturell breit gefächerte Empfänglichkeit für rechtspopulistische Politik nur im Kontext einer von neoliberalen Kapitalismus geprägten Gesellschaft verstehbar wird, deren sozialdarwinistische Normen rechtspopulistischen Strömungen Aufwind verschaffen. Ergebnis unserer Typenkonstruktion im Rahmen der österreichischen SIREN-Interviews sind fünf Varianten rechtspopulistischer Anziehung, die sich unterscheiden in Bezug auf die verschiedenen ideologischen Elemente oder politischen Botschaften, welche die InterviewpartnerInnen ansprechen, die sozialen Milieus sowohl hinsichtlich Herkunft als auch aktuelle Lebenssituation (einschließlich ihrer konkreten Erfahrungen mit Umbrüchen in der Arbeitswelt) sowie das Geschlecht und damit unterschiedliche Lebenszusammenhänge und Erfahrungen von Benachteiligungen.

Michaela Köttig

Mädchen und junge Frauen im Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – eine qualitative Studie anhand von biographischen Fallrekonstruktionen

Seit etwa Anfang der 90er Jahre gehen von der Bundesrepublik Deutschland niederschmetternde Bilder um die Welt: Jugendliche Rechtsextreme überfallen Heime von Asylsuchenden und töten in der Regel wehrlose Menschen. Mittlerweile sind etwa 100 Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt zu verzeichnen. Im Blickpunkt der medialen Berichterstattung dieser Ereignisse standen – und stehen noch immer – männliche Jugendliche, so dass das Bild entstand, Mädchen und Frauen seien nur ganz am Rande in das rechtsextreme Spektrum involviert. Dieser männerzentrierte Blick auf die Phänomene des Rechtsextremismus führt jedoch dazu, dass die differenzierten und zum Teil subtilen Beteiligungsformen von Mädchen und jungen Frauen häufig ausgeblendet, bagatellisiert oder verzerrt werden.

Im Rahmen meiner Diplomarbeit und meiner Dissertation habe ich mich insbesondere mit den Entwicklungen beschäftigt, die dazu führen, dass sich Mädchen und junge Frauen der rechtsextrem orientierten Szene zuwenden. Dazu habe ich knapp 40 biographisch-narrative Interviews (vgl. Schütze 1977) mit Mädchen und jungen Frauen und zum Teil auch mit deren Geschwistern und Eltern geführt. Auf der Basis von diesen Interviews, Familiengenogrammen, Dokumenten unterschiedlicher Archive, Strafakten sowie Interviews mit SozialarbeiterInnen wurden die biographischen Verläufe rekon-

struiert (vgl. Rosenthal 1995). Zentrale Ergebnisse sind, dass die Hinwendung zu und Verortung von Mädchen und jungen Frauen innerhalb der rechtsextrem orientierten Szene in einem Prozess verläuft, der sich im wechselseitigem Zusammenwirken schwieriger biographischer, ‚unbearbeiteter‘ familiengeschichtlicher Themen und stützender außerfamilialer Rahmenbedingungen vollzieht. Ferner sind die Handlungs- und Orientierungsmuster, die von den Mädchen und jungen Frauen innerhalb der rechtsextremen Szene exponiert vertreten und ausgelebt werden, eng mit der Familien- und Lebensgeschichte verbunden.

In meinem Beitrag möchte ich zunächst in das Thema Mädchen und Frauen im Rechts- extremismus einführen, d.h. aufzeigen, von welchem Beteiligungspotential in der Bundesrepublik ausgegangen werden muss. Ich möchte dann mein Forschungsvorgehen vorstellen und die oben abstrakt formulierten Ergebnisse anhand einer Falldarstellung veranschaulichen. Besonders berücksichtigen werde ich dabei die sozioökonomischen Veränderungen der Biographien aus Ostdeutschland nach 1989.

Malte Meyer und Gudrun Hentges

„Ein ganz schöner Druck von oben“: Veränderungen in der Arbeitswelt und Rechtspopulismus in Deutschland

Die öffentliche Debatte über die sozialen Ursprünge rechtsextremer Haltungen war bisher auf Menschen fokussiert, die sich selbst als VerliererInnen sogenannter Modernisierungsprozesse sahen. Qualitative Forschung kann jedoch zeigen, dass die jeweiligen Zusammenhänge weitaus komplizierter sind. Rechtsextreme Strömungen in ihren offenen sowie subtileren Ausdrucksformen sprechen konformistische und rebellische Stimmungen gleichzeitig an sowie Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und politischen Fraktionen. Somit muss die neoliberale Konstellation dieser verschiedenen sozialen Kräfte – vor allem über Standortnationalismus legitimiert – untersucht werden, um seine rechtsextremen Implikationen zu verstehen.

Patrizia Milesi und Patrizia Catellani

Zwei psychologische Wege zum Rechtsextremismus: Wie italienische ArbeitnehmerInnen den Wandel in der Arbeitswelt verarbeiten

Die qualitativen Interviewanalysen zeigen, wie (positiv oder negativ) wahrgenommene Veränderungen der Arbeitsbedingungen Menschen dazu führen können, rechtsextreme Einstellungen zu entwickeln. Zwei verschiedene psychologische Wege, die in Richtung Rechtsextremismus gehen, werden beleuchtet; dabei zeigt sich als relevante Unterscheidung, ob Veränderungen im Arbeitsleben eher positiv oder eher negativ wahrgenommen werden. Bei beiden psychologischen Wegen spielen Identifikationsprozesse eine relevante vermittelnde Rolle. Insbesondere geringe Möglichkeiten der Identifikation mit bedeutsamen sozialen Kategorien scheinen die Unsicherheit von ArbeitnehmerInnen zu

erhöhen und als Folge die Entwicklung von ethnozentrischen und autoritären Einstellungen zu begünstigen.

Cas Mudde

Untersuchungen über die extreme Rechte: Rückblick und Vorschau

Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte ist die extreme Rechte zu einem der meistuntersuchten Themen der Sozialwissenschaften im allgemeinen – und der Politikwissenschaft im besonderen – geworden. Leider zeichnet sich die Erforschung der extremen Rechten hauptsächlich durch Quantität aber nicht Qualität aus. Es gibt enorm viel Literatur, die von großer Disparität gekennzeichnet ist. Daher muss noch vieles getan werden. Die Mehrzahl an existierenden Studien beschäftigt sich mit wenigen Themen, vor allem rechtsextremen politische Parteien, ihren WählerInnen, und Studien in der Tradition der „autoritären Persönlichkeit“. Zusätzlich präsentieren (anstelle von testen) viele Studien eine große Theorie, d.h. Varianten der Modernisierungstheorie (z.B. Globalisierung, Postindustrialisierung), in der Rechtsextremismus als ideologischer Verteidigungsmechanismus der „ModernisierungsverliererInnen“ auftaucht. Bezüglich Methodologie und Daten enttäuscht Qualität und Vielfalt ebenfalls: Die meisten Studien sind beschreibender und nicht-vergleichender Natur, verwenden vorhandene Quellen (z.B. Untersuchungen und Befragungen bei Wahlen). Letztlich fokussieren die meisten Studien exklusiv auf Westeuropa bzw. – um genau zu sein – auf ein paar Staaten in Westeuropa (Österreich, Deutschland, Frankreich)

Was sollte getan werden? Es sollte in mindestens den folgenden fünf Bereichen gearbeitet werden: Konzeptualisierung, Kategorisierung, Erklärung, Unterscheidung und Fokus. Zuerst sollten Terminologie, Definitionen und Operationalisierungen weit mehr Aufmerksamkeit und Ausarbeitung zukommen. Zweitens müssen wir gute Methoden und Indikatoren konstruieren, um RechtsextremistInnen zu kategorisieren – das bedeutet, von wem oder was reden wir eigentlich? Drittens müssen wir klare Hypothesen entwickeln, um Erklärungen von rechtsextremem Erfolg und Misserfolg zu testen. Das bedeutet, dass wir mehr Hypothesen-Generierungs- aber auch mehr Hypothesen-Testungs-Studien brauchen. Viertens brauchen wir auf der Analyseebene mehr Differenziertheit, d.h. auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Fünftens bedarf es einer breiteren Palette an Themen und Foki. Zum Beispiel sollten wir nicht nur erfolgreiche politische Parteien sondern auch erfolglose untersuchen sowie nicht parteimäßig organisierte Einrichtungen und Subkulturen sowie individuelle RechtsextremistInnen. Rechtsextreme AkteurInnen selbst sollten mehr Aufmerksamkeit bekommen. Zuletzt brauchen wir auch ein breiteres Spektrum an Zugängen. Forschung sollte vergleichen-der aber weniger normativ sein. Außerdem sollten Forschungsergebnisse und -ansätze aus anderen (Sozial-)Wissenschaften in größerem Ausmaß integriert werden.

Francesca Poglia Mileti und Fabrice Plomb

**Individuelle Ausdrucksformen von Rechtsextremismus:
Empfänglichkeit für Rechtspopulismus und Veränderungen im
Arbeitsleben am Beispiel der Schweiz**

In diesem Beitrag wird eine Reihe individueller Ausdrucksformen von Rechtspopulismus präsentiert sowie deren Verbindungen mit Veränderungen im Arbeitssystem diskutiert. Die Aneignung rechtsextremer Ideologien auf einer individuellen Ebene ist Teil eines Generalisierungs- und Normalisierungsprozesses von Rechtspopulismus. Während sich zahlreiche Theorien damit beschäftigen, die Ursachen dieses Phänomens zu erklären, gibt es kaum theoretische Ansätze, welche diese Prozesse auf einer individuellen Ebene verfolgen und empirische Daten zur Untermauerung von Argumentationen zur Verfügung stellen. Wir werden zeigen, dass – von Individuen zum Ausdruck gebrachte – radikale Diskurse in die „politische Subjektivität“ dieser Menschen eingebettet sind, d.h. die Art und Weise, wie sie sich die Welt erklären und wie diese ihrer Meinung nach sein sollte. Dieses Gesamtkonzept umfasst politische Subjekte sowie alle möglichen Aktivitäten, Einstellungen und sozialen Beziehungen des Alltagslebens. Für ArbeitnehmerInnen ist politische Subjektivität stark verbunden mit ihrer Beziehung zur und Bindung an die Arbeit und welche Bedeutung sie dieser zuschreiben. Wenn das Arbeitsfeld weitreichenden Veränderungen unterworfen ist – wie es in den letzten 10 Jahren der Fall war – ist die „politische Subjektivität“ davon betroffen und folglich auch die Art und Weise, wie sich Menschen eine sich verändernde Gesellschaft erklären.

Unser Versuch der Erklärung individueller Affinität zu Rechtspopulismus über die Integration von Arbeitsbedingungen basiert auf der Untersuchung des Schweizer Falls. Ähnlich der Entwicklungen in anderen europäischen Ländern gab es auch in der Schweiz einen dramatischen Anstieg von Rechtspopulismus. Das betrifft insbesondere den Erfolg der Schweizerischen Volkspartei bei den Wahlen im Oktober 2003, wo erstmals ein zweiter Vertreter der SVP in den Bundesrat gewählt wurde: Christoph Blocher – einer der radikalsten Führer, der sich für neoliberale Wirtschaftskonzepte, die Autonomie der Schweiz gegenüber Europa und eine Anti-Einwanderungs-Politik ausspricht. Statt sich dem Phänomen über einen politikwissenschaftlichen Ansatz zu nähern, was relativ gut beforscht ist, oder zu versuchen, eine Antwort auf die „warum“ oder „wer“ Fragen zu finden (womit sich zahlreiche ForscherInnen und Theorien beschäftigen), zielt dieser Beitrag darauf ab, über die gleichzeitige Berücksichtigung von strukturellen Veränderungen und individuellen Erfahrungen Prozesse zu beschreiben, wodurch Menschen sich von extremistischen Ideen angezogen fühlen.

Franz Schultheis

Der neue Geist des Kapitalismus und die Entpolitisierung des Politischen

Populismus ist das Gegenteil von Politik. Nicht Analysen, Standpunkte, Argumentieren und Raisonieren zählen, sondern allein das Ressentiment. Deshalb ist es ja auch so schwierig, mit dem Populismus überhaupt ins Gespräch zu kommen. Die ausgerechnet in der Zeit der von postmodernen Theoretikern beschworenen „reflexiven Moderne“ und der zugleich als welthistorisches Ereignis gefeierten Bildung eines Europas ohne Grenzen Urstände feiernden Populisten aller Schattierung werfen die Frage auf, wo diese denn ihr erstaunliches Potential her beziehen? Die SIREN- Studie gibt empirisch fundierte Antworten auf diese europaweite gesellschaftliche Frage, Antworten, aus den bei aller gegebenen Vorsicht Schlussfolgerungen gezogen werden können und müssen.

Die Stunde der Populisten schlägt, wenn die Politik abdankt. Vieles spricht für die von Pierre Bourdieu am 31.3.2000 anlässlich einer Anti- Haider- Demonstration hier in Wien präsentierte These, dass sich Rechtspopulismus als direkte Konsequenz einer Entpolitisierung des Politischen begreifen lässt. Diesen Gedanken fort spinnend lässt sich die Auffassung vertreten, dass sich der in den 80iger Jahren ankündigende, und durch den Fall der Mauer 1989 massiv verstärkende Siegeszug des Neoliberalismus direkt in einer sehr grundlegenden und nachhaltigen Erschütterung der politischen Plausibilitätsstrukturen unserer europäischen Demokratien niederschlägt. Das neoliberale Weltbild, basierend auf blinder Marktgläubigkeit, schrankenlosen Utilitarismus und universellem Konkurrenzdenken, hebt den seit dem 19. Jahrhundert mühsam in einem kollektiven Lernprozess hervorgebrachten historischen Kompromiss einer sozialstaatlich verbürgten Teilhabe Aller an den ökonomischen und sozialen Errungenschaften aus den Angeln, fordert und fördert einen Rückzug des Staates aus seinen zentralen Funktionen der gesellschaftlichen Verteilungsgerechtigkeit und prekariert vor allem den bisher arbeits- und sozialrechtlich verbürgten Status des Arbeitnehmers durch eine schrittweise Normalisierung von bisher als atypisch angesehenen prekären Jobs.

Die heutigen Arbeitnehmer, die sich einer massiven Verunsicherung ihres Status und ihres *Status quo* ausgesetzt sehen, zugleich aber auch ihrer von der radikalisierten Moderne erodierten traditionellen Schutzvorrichtungen und Solidarformen beraubt sehen, sind nicht etwa „Kinder der Freiheit“ (Beck), sondern „Waisenkinder der halbierten Moderne“, deren Orientierungs- und Hilflosigkeit, Existenz- und Zukunftsangst aus ihnen ein gefundenes Fressen für Demagogen machen. Der Beitrag will die Ideologie des neoliberalen Weltbildes näher beleuchten und darauf hin befragen, wieweit sie nicht selbst schlicht „populistisch“ ist?

Guy Standing

Wirtschaftliche Unsicherheiten in Zeiten des Umbruchs

Dieser Beitrag wird Aspekte der Globalisierung beleuchten, die ein großes Ausmaß an ökonomischen Unsicherheiten geschaffen haben sowie die Formen dieser ökonomischen Unsicherheiten. Darüber hinaus wird das Scheitern von Regulierung, sozialer Sicherung und Verteilungspolitik behandelt, welche notwendig wären, um sich mit diesen Unsicherheiten zu beschäftigen bzw. notwendige Grundlagen sozialer Solidarität zur Verfügung zu stellen, innerhalb derer ein sich entwickelndes globales System gerecht und gut funktionieren kann.

Eva Thoft und Edvin Grinderslev

Der Wohlfahrtsstaat unter Druck: Das Beispiel Dänemark

Der Beitrag beschäftigt sich mit folgenden Themen: a) Die „verlassenen“ ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen: Analysen der qualitativen Interviews bekräftigen die These, dass Veränderungen der Arbeitsbedingungen einen marginalisierenden Effekt haben. Ein entscheidender Faktor scheint zu sein, ob sich jemand von sozialen Einrichtungen in Bezug auf die negativen Folgen von Veränderungen unterstützt fühlt. Jene, die xenophobe, populistische Einstellungen zeigen, beklagten, dass sie sich von Gewerkschaften, am Arbeitsplatz oder von anderen Elementen des Systems im Stich gelassen fühlen. b) Privatisierung des und Rationalisierung im öffentlichen Sektor – die ArbeitnehmerInnen-Perspektive: Im öffentlichen Transportsystem werden Veränderungen überwiegend als negativ eingeschätzt, da sie zu erhöhtem Arbeitsdruck und weniger Vergünstigungen führten. Im Bereich der mobilen Pflege besteht ebenfalls die vorherrschende Einschätzung, dass es Veränderungen zum schlechteren gegeben hat, was in verstärkten Druck für die ArbeitnehmerInnen sowie schlechteren Dienstleistungen für die Pflegebedürftigen resultierte. c) Veränderungen des Wohlfahrtsstaates – die BürgerInnen-Perspektive: Es gibt weit verbreitete Sorgen über den Zustand des Wohlfahrtsystems. Manche haben den Eindruck, dass er nicht funktioniert – zumindest nicht im Gesundheitsbereich und bezüglich der Altenpflege. Inwieweit das System als fair wahrgenommen wird variiert. Kriminalität und Einwanderung werden als Schauplätze signifikanten gesellschaftlichen Wandels erwähnt. Manche fokussieren auf die Kosten der Einwanderung, andere auf das Versagen von Integrationsmaßnahmen.

András Tóth und István Grajczár

Verschiedene Wege zum Rechtsextremismus und die Bedeutung der Arbeitswelt: der Fall Ungarn

Innerhalb der vom SIREN-Projekt abgedeckten Länder stellt sich die ungarische Situation als einzigartig dar. Kontrastierend zur relativ friedlichen Nachkriegsentwick-

lung westeuropäischer Länder hat Ungarn aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit eine etwas andere Geschichte. Wahrscheinlich hat kein anderes Land im SIREN-Projekt ähnliche politische, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen wie Ungarn im letzten Jahrzehnt bzw. in den letzten 50 Jahren erfahren. So kann hier auch eine kaum mit anderen westeuropäischen Ländern vergleichbare Statusinkonsistenz beobachtet werden.

Basierend auf den qualitativen Interviews wurde ein interpretatives Modell von Einflüssen auf eine Empfänglichkeit für Rechtsextremismus erstellt, welches sowohl historische Aspekte als auch den Einfluss gegenwärtiger sozioökonomischer Veränderungen berücksichtigt. In diesem interpretativen Schema spielt die familiäre politische Sozialisation eine entscheidende Rolle für die Ausgestaltung von grundsätzlichen politischen Haltungen. Aber auch die persönliche Lebensgeschichte, der berufliche Werdegang sowie die Wahrnehmung von gegenwärtigem sozialen und beruflichen Status sind wichtig für politische Haltungen und Wahlverhalten. Die Interviews deuten darauf hin, dass (die Gefahr von) sozioökonomischer(m) Abstieg bzw. Prekarität Vorurteile verstärkt bzw. mobilisiert, die während der Sozialisation erworben wurden. Frustration und die daraus folgende Verstärkung und Mobilisierung von Vorurteilen kann zum Wählen einer rechtsextremen Partei führen. Die qualitative Untersuchung hat darüber hinaus zu einer Klärung der Rolle der Arbeitswelt für die Empfänglichkeit für die Sirenengesänge rechtsextremer Parteien beigetragen. Drei verschiedene Gruppen von Empfänglichkeit entstanden im Zuge der Analysen: a) Eine Gruppe von Personen mit autoritären und nationalistischen Ansichten mit einer starken Bindung an ihre Arbeitsplätze und ihre Gemeinschaften. Menschen aus dieser Gruppe waren typischerweise ältere Arbeiter. b) Eine Gruppe von Personen mit autoritären und ausgeprägt migrantenfeindlichen Haltungen, die sich politisch als ineffizient erleben und sich nicht an ihre Arbeitsplätze und Gemeinschaften gebunden fühlen. Personen dieser Gruppe waren typischerweise jüngere Arbeiter. c) Eine Gruppe junger Angestellter und Beschäftigter aus dem Dienstleistungssektor, deren ökonomische Lage durchschnittlich ist, die aber ihren Platz in der Gesellschaft nicht wirklich finden. Sie fühlen sich zwar nicht – wie die Menschen aus der zweiten Gruppe – politisch ineffizient, aber sie trauen der Politik und den PolitikerInnen nicht. Ihre Erfahrungen in der Arbeitswelt tragen zu ihrer Anomie bei: Einerseits haben sie den Eindruck, dass ihr Arbeitsplatz sicher ist und ihre Autonomie steigt, andererseits leiden sie zunehmend unter Stress und fühlen sich nicht an ihren Arbeitsplatz gebunden. Diese Personen sehnen sich nach Ordnung in der Gesellschaft, die kulturelle Integrität wiederherstellen würde.

Asbjørn Wahl

Brutalisierung der Arbeit: Der Zusammenbruch des Sozialpakts und seine politischen Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg charakterisierte sich durch den historischen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital. Dies führte einerseits zu großem sozialen,

wirtschaftlichen und demokratischen Fortschritt. Der Wohlfahrtsstaat entstand, Arbeitsbedingungen wurden verbessert. Andererseits trug der Sozialpakt zwischen Arbeit und Kapital aber auch zu einer Entpolitisierung und Entradikalisierung in der Arbeiterbewegung bei. Die historische Rolle sozialdemokratischer Parteien wurde es, diesen sozialen Kompromiss zu vollziehen.

In weiten Teilen der Arbeiterbewegung wurde die Wohlfahrtsökonomie als „Kapitalismus ohne Krisen“ verstanden, der sich ständig zum Wohl aller weiterentwickelte. Die schweren wirtschaftlichen Krisen der 70er Jahre führten aber in Verbindung mit der Entradikalisierung der Arbeiterbewegung zu einer Offensive kapitalistischer Interessen, die sich allmählich aus dem Sozialpakt zurückzogen und begannen, Arbeitsgesetzgebungen, Kollektivverträge und Machtstellungen anzugreifen, die in Zeiten der Wohlfahrtsökonomie erreicht worden waren.

Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegungen wurden von dieser Entwicklung völlig überrascht. Die Verschiebung von Konsens zu Konfrontation auf Seiten des Kapitals stieß innerhalb der auf Konsens ausgerichteten Politik der Arbeiterbewegung auf Unverständnis. Dies führte zu einer politischen und ideologischen Krise innerhalb der sozialdemokratischen Parteien und zur einer Verschiebung in Richtung Neoliberalismus. Die Ideologie des Sozialpakts ist weder in der Lage diese Entwicklung zu erklären noch dafür Gegenstrategien zu entwickeln. In dieser Situation fühlt sich ein Großteil der Beschäftigten durch ihre politischen Vertreter verraten. Rechtspopulistischen Parteien kommt die Rolle zu, Unzufriedenheit, politische Verwirrung und steigende Ohnmachtgefühle auszunützen. Sie bieten einfache Lösungen, auch indem sie die Unzufriedenheit der Arbeiter gegen andere soziale Gruppen kanalisieren – z. B. gegen jene, „die uns die Jobs wegnehmen“ (MigrantInnen), „die der Gesellschaft zur Last fallen“ (Alleinerzieher, Sozialhilfeempfänger) oder „die uns immer höhere Steuern aufzwingen“ oder „nur auf die eigenen Privilegien bedacht sind“ (Politiker).

John Wrench

Diskriminierung von Minderheiten und Antidiskriminierungsmaßnahmen in Europa

Neuere Befunde des EUMC zeigen in EU Ländern ein Bild der anhaltenden und weit verbreiteten Existenz ethnischer Diskriminierung im Beschäftigungsbereich; es werden auch verschiedene Wege der Identifizierung dieser Diskriminierung aufgezeigt sowie die verschiedenen Formen, in der sie auftritt. Europäische Gewerkschaften beginnen nun vermehrt, sich mit diesem Phänomen zu beschäftigen, aber bezüglich der Art der Antidiskriminierungsaktivitäten bestehen nationale Unterschiede innerhalb der EU. In diesem Beitrag geht es um den Vergleich britischer und dänischer Gewerkschaften und deren Bewusstsein und Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung.

Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsaktivitäten können folgendermaßen kategorisiert werden:

Gleichbehandlungs-Ansatz. Innerhalb dieses Ansatzes wird davon ausgegangen, dass Gleichstellung aus der Gleichbehandlung aller resultiert, egal welcher Ethnie oder Hautfarbe. Dies ist der klassische „farbenblinde“ Ansatz.

„*Level playing field*“-Ansatz: Dieser anerkennt den Bedarf der Entfernung von unfairen Barrieren (z.B. Rassismus oder Diskriminierung), die auf dem Arbeitsmarkt wirken, sodass alle eine gerechte Chance der Teilhabe an den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten haben.

Gleichstellungs-Ansatz. Dieser zielt auf die längerfristige proportionale Repräsentation von Minderheiten über eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen ab, z.B. ethnische Monitoring und ethnische Ziele. Er kann ethnische „record keeping“ und Elemente von „positive action“ inkludieren, um die Auswirkungen vergangener Ungleichheiten zu überwinden.

„*Equal outcome*“-Ansatz: Dieser verwendet Quoten und „positive Diskriminierung“, um viel kürzerfristig eine proportionale Repräsentation von Minderheiten zu erreichen. Dies ist der umstrittenste Typus, da er von vielen als Bruch natürlicher Gerechtigkeit gesehen wird.

Bei den britischen Gewerkschaften gab es eine Anfangsphase der „Gleichbehandlung“, dann folgte eine zweite Phase in den 1970iger Jahren und in den 1980iger Jahren hatten sie sich in einer dritten Phase *Gleichstellungs*-Aktivitäten gewidmet, mit speziellen Maßnahmen und „positive action“. Britische Gewerkschaften verfügen über eine breite Palette an Antidiskriminierungsmaßnahmen und britische GewerkschaftsaktivistInnen zeigen ein starkes Bewusstsein für Themen wie Rassismus und Diskriminierung und die Notwendigkeit deren Bekämpfung. In Dänemark sind die Gewerkschaften viel länger bei einer *Gleichbehandlungs*-Sichtweise geblieben. Viele dänische GewerkschaftsaktivistInnen weisen Antidiskriminierungsmaßnahmen britischen Stils explizit zurück; Fälle gewerkschaftlicher Unterstützung für von Diskriminierung betroffene Mitglieder sind selten und ein allgemeines Bewusstsein für Themen wie Antirassismus und Antidiskriminierung am Arbeitsplatz ist relativ gering ausgeprägt.

Es wird argumentiert, dass ein Faktor, der stärkere Antidiskriminierungshandlungen vonseiten dänischer AktivistInnen beeinträchtigt, die Art des dominanten politischen Diskurses über Einwanderung in Dänemark wäre, und insbesondere der Einfluss der populistischen und nationalistischen *Danskfolkparti*, die ein großes Ausmaß an Unterstützung bei Gewerkschaftsmitgliedern an der Basis genießt.

Hans Georg Zilian

Gleichheit in der globalisierten Welt

Der Aufstieg des Rechtspopulismus wurde von gut dokumentierten Entwicklungen der modernen Gesellschaft angetrieben – Globalisierung, internationale Migration, Arbeitslosigkeit, und die ständig wachsende Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Verarmten. All dies ist beunruhigend genug, aber die Wahlerfolge der „Populisten“ in

einer Reihe von europäischen Ländern verschlimmert diese Schwierigkeiten. Kommentatoren sind der Versuchung unterlegen, jene WählerInnen, die noch an Wahlen teilnehmen, zu beschuldigen, Opfer einer einfach gestrickten Version sozialer Realität geworden zu sein und ebenso einfach gestrickte politische Rezepte zu billigen. Dieser Sichtweise folgend würden Dummheit und Gier dieser Art von Protestunterstützung für Populisten zugrunde liegen.

Dieser Beitrag wird argumentieren, dass man ebenso davon ausgehen kann, dass der Schuh am anderen Fuß sitzt. Die Kosmopoliten scheinen zu dumm zu sein anzuerkennen, dass die Realitäten am Arbeitsmarkt – aus der Sicht der Menschen, die in punkto Statuskonfiguration am unteren Ende arbeiten – ganz anders aussehen als für die Angehörigen der Eliten, die zum Beispiel durch Einwanderung im großen Stil nichts zu verlieren haben. Die Kosmopoliten sind auch ziemlich eifrig damit beschäftigt, ihre eigene Position innerhalb der Gesellschaft zu verbessern – sie nehmen teil am Zusammenbruch öffentlicher Verantwortung der letzten Jahrzehnte und sind Profiteure der sich vertiefenden sozialen Kluft, welche sie beklagen aber an deren Veränderung sie scheitern. Es ist somit unklar, warum die Kosmopoliten unbedachterweise die Pose der intellektuell Aufgeklärten und moralisch Überlegenen annehmen.

Linksliberale, sozialdemokratische Kosmopoliten haben den Kampf um ein größeres Ausmaß an Gleichheit innerhalb entwickelter Gesellschaften aufgegeben, während sie so tun als ob sie an Gleichheit auf einer internationalen Ebene arbeiten würden (und manchmal überschreiten sie tatsächlich das „als ob“). Dieser Rückzug von internem Egalitarismus beherbergt aufkeimende Selbsterstörung. Solidarität und Großzügigkeit müssen in materieller und symbolischer Sicherheit verwurzelt sein. Solange wir die sozialen Abstände innerhalb unserer Gesellschaft immer größer werden lassen, wird der Großteil (oder zumindest ein großer Teil) der WählerInnenschaft aus Menschen bestehen, die von Armut bedroht sind und denen eine sichere Basis der Selbstachtung fehlt. Abgesehen vom Entzug des Wahlrechts würde es dann wenig geben, was den Populismus eindämmen könnte. Ein größeres Ausmaß an Gleichheit innerhalb unserer Gesellschaft wird somit eine Voraussetzung für eine fortschrittliche politische Strategie auf internationaler Ebene sein. Wenn wir nicht dazu in der Lage sind, ein konditionsfreies Grundeinkommen für alle BürgerInnen unserer Gesellschaft zu sichern, wird die Erreichung eines solchen Ziels auf globaler Ebene zum Scheitern verurteilt bzw. einfach nur lachhaft sein.
